

Axel Halle

Wissenschaftliche Publikationskultur und Hochschulverlag

Rahmenbedingungen

Die einschlägigen hochschul- und wissenschaftspolitischen Stellungnahmen der jüngeren Zeit des Wissenschaftsrates (Empfehlungen 2001) und der Hochschulrektorenkonferenz (Neuausrichtung 2002) empfehlen den deutschen Universitäten dringend, eigene Publikationsinfrastrukturen aufzubauen. Dies ist zu sehen vor dem Hintergrund der Entwicklungen und der daraus resultierenden völlig neuen Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und der sogenannten Bibliothekskrise, also der in den vergangenen zwei Dekaden massiv gestiegenen Zeitschriftenpreise bei gleichzeitig stagnierenden oder sinkenden Etatansätzen. Selbst in der Arthur-D-Little-Studie (Zukunft 2002, S. 53) sollen bei „Gefahr eines Marktversagens“ beziehungsweise „In Bereichen, wo Vielfalt und Qualität des WTI-Angebotes nicht befriedigend bzw. gefährdet sind, die Entwicklung alternativer Publikationsformen aktiv unterstützt werden.“ Bei den Empfehlungen von Wissenschaftsrat und Hochschulrektorenkonferenz werden insbesondere die Universitätsbibliotheken in die Pflicht genommen, die dieses neue Aufgabenfeld besetzen sollen. Im Mittelpunkt steht dabei die Erwartung, dass die Bibliotheken selbstverlegerisch für die Hochschulangehörigen deren (digitale) Publikationen veröffentlichen.

Dies trifft auf eine Situation, die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland von privatwirtschaftlichen Wissenschafts- und Schulbuchverlagen und deren Interessenvertretern stark ideologisiert und emotionalisiert ist. Zwar ist inzwischen allseits bekannt und wohl auch anerkannt, dass eine wissenschaftliche Publikation in aller Regel ausschließlich oder überwiegend durch die Bereitstellung der materiellen und infrastrukturellen Ressourcen der Hochschulen oder Forschungseinrichtungen (Personalkosten, EDV-Infrastruktur, Büroraum etc.) möglich wird. Zugleich aber ist seit jeher der Publikationsprozess mit der Möglichkeit der Gewinnabschöpfung in Verlagen privatisiert, was wiederum gerne mit den spezifischen verlegerischen Leistungen, nämlich der Auswahl, Qualitätssicherung und Verbreitung legitimiert wird. Dieses Legitimationsmuster wurde gerade wieder indirekt von Seiten der Wissenschaftsverlage in der Agitation gegen die neue Schrankenregelung des § 52a Urheberrechtsgesetz bemüht. Dort wird das Horrorszenerario eines massenhaften Sterbens von wissenschaftlichen Klein- und Mittelverlagen ausgemalt, weil die Bibliotheken angeblich nur noch ein Exemplar eines Werkes kaufen müssten, um es dann allen elektronisch bereitstellen zu können. Diese Befürchtungen sind inhaltlich unbegründet.

In den folgenden Überlegungen soll erörtert werden, welche Faktoren entscheidend für den erfolgreichen Aufbau eigener Publikationsmöglichkeiten (Verlage und Onlineschriftenserver) an den deutschen Hochschulen sind. Dabei spielt die wissenschaftliche Publikationskultur eine entscheidende Rolle für die Erfolgsaussichten. Erst wenn diese – und einige weitere Bedingungen – sich ändern, kann sich unter Umständen eine „neue Wertschöpfungskette für den Markt der wissenschaftlichen Information“ (Roosendaal et. al. 2002, S. 149ff) entwickeln. Erst dann besteht eine reale Gefahr für privatwirtschaftliche Verlage.

Die hier aufgezeigten Rahmenbedingungen und Konflikte des Publikationssektors finden nur bedingt Resonanz unter den publizierenden Wissenschaftlern. Wissenschaftsimmanent besteht nämlich aus Sicht der meisten Wissenschaftler ganz überwiegend gar kein Grund, die

Mechanismen des Publikationssektors und die Privatisierung eines im Grundsatz öffentlichen Gutes in Frage zu stellen. Zwar gibt es inzwischen seit vielen Jahren positive Gegenbeispiele (Verlagsserver in Eigenregie von Fachgesellschaften) oder Gegenstrategien (SPARC), doch haben sie noch keine Trendwende geschaffen. Wäre dies anders, müßte beispielsweise die Hochschulrektorenkonferenz (vgl. Neuausrichtung 2002, S. 2) nicht den Hochschulleitungen empfehlen, „alternative Publikationswege in ihren Einrichtungen – auch in der Akzeptanz – nachdrücklich zu fördern.“

Nach wie vor ist nämlich das wissenschaftliche Renommee eines Forschers oder einer Forscherin in erster Linie davon abhängig wo und wie viel er oder sie in den „guten“ Zeitschriften mit hohem Impactfaktor oder in den bekannten Buchverlagen veröffentlicht hat. Vor diesem Hintergrund wird die Forderung der Hochschulrektoren verständlich, „mit den alternativen Publikationsformen zugleich auch neue Begutachtungsstrukturen und –verfahren zu fördern“ (Neuausrichtung, 2002, S. 2). Wenn nämlich dieser maßgebliche Selektionsfaktor sowohl für den Einstieg als auch für den Aufstieg innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft fortbesteht, kann das System nicht verändert werden, weil niemand bereit sein dürfte, freiwillig auf materielle und immaterielle Gratifikationen zu verzichten, es sei denn er oder sie hat bereits den Zenit seiner oder ihrer Reputation erreicht. Selbst die herausragenden, bekannten Forscherpersönlichkeiten werden bislang in aller Regel nicht zu Meinungsführern eines Paradigmenwechsels. Insofern sind selbst dort, wo analog der Argumentationslinie der Arthur-D-Little-Studie (Zukunft 2002, S. 53) die „Gefahr eines Marktversagens“ besteht, alternative Publikationsstrukturen nur schwer oder gar nicht erfolgreich aufzubauen.

Dies gilt selbstverständlich im besonderen Maß für das Publikationswesen im Zeitschriftenbereich. Wie die folgenden Argumente aber zu zeigen versuchen, trifft dies auch auf Buchpublikationen zu. Einige Beobachtungen und Schlussfolgerungen mögen das veranschaulichen.

Universitätsverlage

Spätestens ausgelöst durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 2001 gibt es in den deutschen Hochschulen und Universitätsbibliotheken ein reges Interesse an Hochschulverlagen. Dieser Prozess wird allerdings eher von führenden Bibliotheksvertretern und einigen (wenigen) Hochschulleitungen getragen als von Seiten der breiten Mehrheit der Hochschullehrer. Zum Zeitpunkt der Empfehlungen gab es nur wenige bekannte Beispiele solcher Verlage, zu nennen sind vor allem der BIS-Verlag Oldenburg, der Universitätsverlag Weimar, die Kassel University Press GmbH und der Universitätsverlag Rasch. Das starke Interesse führte beispielsweise rund sechzig Vertreter aus vierzig interessierten Hochschulen bzw. Universitätsbibliotheken im Februar 2002 nach Kassel, wo eine Bestandsaufnahme und ein Vergleich versucht wurden. Versucht man die derzeitige Situation im Bereich der deutschen Universitätsverlage in wesentlichen Punkten zusammenzufassen, dann ergibt sich folgendes Bild.

1. Universitäten tragen in der Regel die Verlage, die in keinem Fall gewinnorientiert arbeiten (können). Die Verlage sind im allgemeinen einer Abteilung der Universität angegliedert, meist der Universitätsbibliothek. Die Verlage sind – obwohl hier die Vertreter sich nicht in die Bücher schauen ließen – wohl in erheblichem Umfang Zuschussbetriebe.
2. Universitätsverlage konzentrieren sich auf das Verlegen von Büchern. Die Herausgabe von Zeitschriften ist die absolute Ausnahme. In den Fällen in denen Zeitschriften herausgegeben werden, handelt es sich bislang faktisch um Universitätszeitschriften (Siegen und Weimar) oder einer Institutszeitschrift (Kassel). Eine Veränderung dieser Sachlage erscheint mir aus verschiedenen Gründen schwierig, könnte aber durch den Erfolg der Pro-

jekte German Academic Publishers (GAP)(www.gap-c.de) (Gradmann 2002) und FIGARO (ww.figaro-europe.net) beeinflussbar sein.

3. Qualitätskontrolle wird in der Regel nicht über Begutachtungsverfahren erreicht, sondern durch Herausgeberschaft von Reihen durch Hochschullehrer. Meist handelt es sich um Institutsreihen mit Dissertationen. Ansonsten gehen die Verlage von der Annahme aus, dass die eigene Hochschule nur „gute“ Dissertationen zulasse. Andere Qualitätskontrollen sind nicht ersichtlich. Lektorat findet in der Regel nicht statt oder muss extra vergütet werden.
4. Die Auflagen werden knapp kalkuliert, teilweise auch in Formen von Print on Demand. Bestseller oder spezielle Verlagsprodukte (z.B. Schulbücher, Lehrbücher) wie bei privatwirtschaftlichen Verlagen, die größere Teile der Verlagsaktivitäten mit tragen könnten, sind hingegen faktisch nicht vorhanden oder die große Ausnahme.
5. Die Verlagsprogramme scheinen einen ausgeprägten Schwerpunkt im Bereich der Dissertationen, Tagungsbände und Institutsschriftenreihen zu haben. Somit stehen die Verlage letztlich nur mit einem sehr kleinen Segment der deutschen Verlagslandschaft in Konkurrenz, nämlich denjenigen Verlagen, die ihren Schwerpunkt im Bereich der Veröffentlichung von Dissertationen haben. Universitätsverlage operieren also in einem Marktsegment, das angesichts der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Dissertationenzahl ohnehin stetig größer geworden ist. Bei Tagungsbänden und Institutsschriften liegt die Vermutung nahe, dass hier veröffentlicht wird, was in der Regel anderen Orten nur mit erheblichen Druckkostenzuschüssen auf den Markt gekommen wäre.
6. Universitätsverlage sind häufig heute Willens und in der Lage, ein breiteres Spektrum zu bieten, als privatwirtschaftliche Verlage. Hier sind zu nennen, das breite Angebot von Print bis Online sowie Print on Demand, Langzeitarchivierung elektronischer Dokumente, URN-Vergabe und regionale oder lokale Fenster für die Onlineversion.

Es liegt also die Vermutung nahe, dass die Hochschulverlage beim derzeitigen Stand ihrer Entwicklung, trotz offenbar rasch steigender Anzahl von Verlagen und Publikationen, keine wirkliche Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Verlagen sind. Zugleich ist festzustellen, dass sich noch keine neue Wertschöpfungskette etablieren konnte. Warum ist das so?

Für viele Autoren und Herausgeber in der Bundesrepublik Deutschland scheint die Veröffentlichung in einem deutschen Hochschulverlag meist nur die zweitbeste Lösung zu sein. Erstklassige Hochschulschriften oder gar umsatzträchtige Lehrbücher finden ihren Verlag außerhalb der Hochschule; den Hochschulverlagen bleibt gewissermaßen nur der Rest. Absurd wird diese Situation, wenn man den Vergleich zieht mit mehr oder weniger reinen Dissertationsverlagen – an dieser Stelle werden selbstverständlich keine Verlagsnamen genannt, die ohnehin in Hochschulkreisen bekannt sind – und feststellt, dass die Ideologie der Qualitätssicherung auf diese Verlage zu erheblichen Teilen gar nicht zutrifft. Diese Verlage verzichten nämlich zumeist vollständig auf das Lektorat, beschränken sich auf rein formale inhaltliche Vorgaben und verlangen immer erhebliche Druckkostenzuschüsse. Letztere werden auch offenbar von einer großen Zahl von Doktoranden bereitwillig bezahlt, obwohl sie meist deutlich über denen des eigenen Hochschulverlages liegen dürften. Bezahlt wird dann letztendlich für das scheinbar höhere Prestige eines solchen Verlagsproduktes. Selbst das Argument der Qualitätssicherung, den die privatwirtschaftlichen Verlage gerne wegen ihrer Reihen und den sie betreuenden Herausgebern ins Feld führen, sticht nicht. Auch dies ist letztlich bei den Universitätsverlagen das Mittel der Wahl, die Qualität sicherzustellen.

Was für den um seine Ehre und Anerkennung nach entbehnungsreichen Jahren kämpfenden Nachwuchswissenschaftler verständlich erscheinen mag, nämlich einen höheren Preis für die gleiche Leistung im Gegenzug für ein höheres Prestige zu zahlen, wird für den etablierten,

wohl bestellten Forscher nicht nachvollziehbar. Auch er oder sie geht nämlich ebenfalls im Zweifel zu einem etablierten, renommierten Verlag und kehrt in der Regel nur in solchen Fällen zu seinem Hochschulverlag zurück, wenn die Kosten dort zu hoch sind oder die Annahme zur Publikation wegen zu geringer Absatzerwartung oder zu gering eingeschätzter Qualität verweigert wird. Sicherlich gibt es hiervon Ausnahmen.

Umgekehrt gibt es nicht selten Fälle, wo der Hochschulverlag eine scheinbar erfolgversprechende Geschäftsanbahnung betreibt, mit knappen und letztlich nicht kostendeckenden Angeboten lockt, und dennoch der Autor oder Herausgeber letzten Endes erschreckt über die entstehenden Kosten oder die vom Verlag vorgeschlagene geringe Auflagenhöhe sein Glück bei einem anderen Verlag sucht. Dieses Glück bleibt ihm allerdings meist versagt, so dass es am Ende doch zu einer Veröffentlichung im hochschuleigenen Verlag kommt.

In dieser Geschäftsbeziehung zwischen Hochschulverlag und Autor oder Herausgeber offenbart sich nicht selten eine eklatante Fehleinschätzung der Markt- und Absatzlage sowie der Kostenstrukturen. Typische scheinen folgende Beobachtungen:

1. Die vom Autor oder Herausgeber gewünschte Auflagenhöhe, selbst für speziellste Publikationen, wird sehr hoch angesetzt, so dass Überzeugungsarbeit zu leisten ist, zunächst vorsichtig an den Markt zu gehen und später im Bedarfsfall nachdrucken zu lassen. Geblendet von den degressiven Stückkosten wird gerne auch eine jahrelange Lagerhaltung trotz geringer Halbwertszeit gefordert.
2. Eine Vollkostenrechnung wird abgelehnt und gleichzeitig werden sehr geringe, nicht kostendeckende Ladenpreise erwartet. Wichtige Regelungen des Buchpreisbindungsgesetzes (Rabattierungen etc.) werden gerne nicht zur Kenntnis genommen und stoßen auf Unverständnis, wenn der Universitätsverlag diese durchsetzen muss.
3. Angebote, auf dem wesentlich kostengünstigeren Onlineschriftenserver eine reine Onlinepublikation kurzfristig zu veröffentlichen, werden abgelehnt, trotz Printoptionen von Onlinedokumenten.
4. Die Frage der Qualität der gewünschten Veröffentlichung wird von beiden Seiten tabuisiert. Weder der Autor oder Herausgeber noch der Verlag thematisieren dies. Der Verlag nimmt selbstverständlich an, dass eine Publikation aus seiner Hochschule per se für Qualität bürgt und der Autor oder Herausgeber geht ebenfalls davon aus, dass mit seinem Namen hohes Niveau und damit guter Absatz gewährleistet ist, zumal er über seine (vermeintlichen?) Forschungs- und Rezeptionsnetzwerke eine breite Streuung sicherstellen will.

Graue Schriften und Onlineschriftenserver

Als Alternative zur verlegerischen Publikation hat die Wissenschaft seit langer Zeit ein System grauen Schrifttums praktiziert. In der Regel handelt es sich um Veröffentlichungen, die traditionell letztlich nicht marktgängig waren oder sehr sehr aktuell sein sollten. Das sagt letztlich nichts über die Qualität und die Bedeutung für den wissenschaftlichen Fortschritt aus. Vielfach sind diese Veröffentlichungen nicht selten von großer Wichtigkeit für einen (kleinen) Kreis von fachlich hoch spezialisierten Rezipienten. Diese graue Literatur kann sich an vielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch in erstaunlichem Umfang halten, obwohl sie eigentlich zu einem kleineren Teil in dem Verlagsspektrum des Hochschulverlages und zu einem größeren Teil auf dem Universitätsschriftenserver als Onlinepublikation gehört.

In den deutschen Universitäten haben sich autonom in sehr vielen Fachbereichen oder Instituten graue Schriften(reihen) etabliert. Dafür werden Personal, Räume und diverse andere

Ressourcen zur Produktion diverser Schriften und Schriftenreihen eingesetzt. Sowohl die Zahl als auch die Struktur der Einrichtungen, die graue Schriften an den deutschen Hochschulen herausgeben oder veranlassen ist wohl derzeit unbekannt. Selbst der betroffenen Hochschulbibliothek dürfte in aller Regel der Überblick über solche grauen Schriften der eigenen Hochschule fehlen.

Dies ist gewissermaßen ein hochschulinterner Wettbewerb gegenüber sowohl eines Universitätsverlages als auch des Onlineschriftenservers. Innerhalb ihrer Einrichtung wird die Existenz dieser grauen Schriften bislang nicht erkennbar in Frage gestellt. Warum ist das so?

1. Die Hochschulen befinden sich zwar in einem sehr großen Veränderungsprozess, der ihnen von außen aufgedrängt wird. In unserem Zusammenhang spielt die Umstellung der Wirtschaftsführung, also die Abkehr von der Kameralistik und die Einführung von Kosten- und Leistungsrechnung auf Basis der kaufmännischen Buchführung eine Rolle. Dies hat sicherlich bereits zu gravierenden Veränderungen in den Hochschulen geführt. Doch hat dies in den nachgelagerten Hochschuleinrichtungen ab Fachbereichs- und Fakultäts-ebene und insbesondere in den Entscheidungen der handelnden Akteure im allgemeinen noch nicht zu einem nachhaltigen Wandel vom homo academicus zu einem homo oeconomicus geführt. Die tatsächlichen Kosten sind entweder nicht bekannt oder werden nicht oder nur untergeordnet als Entscheidungsparameter eingesetzt. Dies wird evident, wenn die durch Lagerhaltung für graue Schriften langfristig belegten Raumreserven (Mieten), Kapitalbindung durch zu hohe und niemals ausverkaufte Auflagen (Abschreibung), Personal für die „grau“-verlegerischen Arbeiten (Personalkosten, Sachkosten, Porto- und Verpackungskosten, Werbemittel) etc. nicht oder nur zu Bruchteilen hinsichtlich der Kosten bekannt oder kalkuliert werden. So lange kein Kostenbewusstsein oder keine Legitimationszwänge für die Kostentreiber oder keine Einsparzwänge existieren, wird es keine Veränderung des Status Quo geben.
2. Den Entscheidungsträgern über graue Schriften in den Fachbereichen und Instituten ist meist wenig über die Rezeptions- und Verbreitungsmechanismen des Buchmarktes bekannt. Im Grenzfall geht dies sogar soweit, dass innerhalb einer Hochschule der eigenen Bibliothek gar nicht bekannt ist, wer welche Schriftenreihe herausgibt und dies erst über Beschwerden des Buchhandels wegen unterbliebener Belieferung oder mangelnder Rabattierung oder Bestellungen aus der Library of Congress erfährt. Die Relevanz einer Verzeichnung für die Verbreitung eines Verlagsproduktes entweder in der Reihe A oder B oder H der Deutschen Nationalbibliographie oder in buchhändlerischen Verzeichnissen ist nicht selten unbekannt; ganz zu schweigen von Metadaten und deren Standards. Es handelt sich also um eine große Portion Unprofessionalität und Unkenntnis. Hier ist Überzeugungsarbeit zu leisten, die aber in der Regel bei einem sehr geringen Bewusstseinsstand der Handelnden ansetzen muss.

Den Hochschulleitungen kommt ein sehr großes Maß an Verantwortung für den Erfolg der hochschuleigenen Publikationsumgebungen zu. Insofern adressiert die Hochschulrektorenkonferenz ihre Forderungen ganz richtig. Sie stehen vor folgenden Herausforderungen:

1. Sie müssen den Aufbau von Onlineschriftenservern fördern, was folgende Dimensionen hat:
 - a.) Bibliothek und Rechenzentrum müssen hier eng fachlich kooperieren und arbeitsteilig arbeiten. Dies wird zwar durch die neuen Hochschulgesetze, durch DINI und das entsprechende Schwerpunktprogramm der DFG gefördert, doch stehen die Hochschulen i.d.R. wohl noch am Anfang dieser Entwicklung.

- b.) Finanziell und personell muss dieser Bereich ausreichend ausgestattet werden, was angesichts heutiger Nullsummenspiele nur zu Lasten anderer Hochschulbereiche gehen kann. Die oben aufgezeigten Einsparpotentiale im Bereich des grauen Schrifttums müssen hier ins Blickfeld genommen werden, was allerdings von der Hochschulleitung nicht nur den politischen Willen, sondern auch unter Umständen politische Konfliktfähigkeit und Verpflichtungsfähigkeit verlangt.
2. Sie sollten eng verzahnt mit dem Onlineschriftenserver einen eigenen Hochschulverlag gründen, unter Umständen in Kooperation mit benachbarten oder verwandten Hochschulen. Damit kann dem Bedürfnis und der Notwendigkeit verlegerischer Aktivitäten entsprochen werden. Die Hochschulleitungen müssen diesen Bereich ebenfalls als neue Aufgabe annehmen und den bestgeeigneten Träger dieser Aufgabe, die Hochschulbibliothek, ausreichend hierfür ausstatten.
 3. Onlineschriftenserver und Hochschulverlag sind bei derzeitiger Publikationskultur Zuschussbereiche, die allenfalls die Sachkosten und nur zum geringsten Anteil auch die Personalkosten tragen können. Es muss im Interesse der Hochschulleitungen liegen, insbesondere auch vor diesem Hintergrund dazu beizutragen, dass die Publikationskultur sich grundlegend verändert, um in diesen Bereichen möglichst auch die hochwertigen Schriften und die marktgängigen, gewinnbringenden Publikationen auflegen zu können, so dass wenigstens die Hochschulverlage unter Berücksichtigung sämtlicher Kosten kostendeckend arbeiten können.

Die zitierten Empfehlungen schreiben neben den Hochschulleitungen den Bibliotheken in diesem Prozess eine Schlüsselrolle zu. Dies ist durchaus berechtigt und es bestehen auch gewisse Erfolgsaussichten, wenn die Hochschulleitungen ihre Aufgaben ebenfalls erfüllen. Die Hochschulbibliotheken müssen diese neue Aufgaben aber materiell ausgestattet erfüllen können, um das notwendige Maß an Professionalität auch im Vergleich zu kommerziellen Verlagen erreichen zu können. Insofern sollten die neuen Hochschulverlage ähnlich gefördert werden, wie seinerzeit bei den alten Universitätsgründungen. Vielfach wird vergessen, dass eine ganze Reihe der heute namhaften Wissenschaftsverlage im Kontext mit den Universitätsgründungen des 16. bis 19. Jahrhunderts gezielt an den Universitätsstandorten angesiedelt und mit steuerlichen, geldwerten Privilegien ausgestattet wurden.

Die Hochschulverlage sind in einem wachsenden Markt untereinander nicht Konkurrenten. Vielmehr ist es notwendig eng zusammenzuarbeiten. Es ist daher sehr wünschenswert, dass sich eine Arbeitsgemeinschaft der deutschen Hochschulverlage bildet, die gemeinsam nach außen auftritt. Hier ist insbesondere an die Kommunikation ihrer Anliegen in die Wissenschaft hinein und gegenüber dem Markt zu denken. Darüber hinaus sollten gemeinsame Standards vereinbart werden. Diese Ideen sind zwar für den Bereich der Hochschulverlage neu, nicht aber für die Verlagsbranche. Warum sollten nicht die deutschen Hochschulverlage im Börsenverein des deutschen Buchhandels aktive Mitglieder werden und gemeinsam auf den Buchmessen in Leipzig und Frankfurt am Main auftreten?

Literaturverzeichnis:

Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Wissenschaftliche Bibliotheken.- Köln: Wissenschaftsrat, 2001

Gradmann, Stefan: German Academic Publishers : e. Vernetzungsprojekt für akademische E-Verlage, in: Bibliotheksdienst 36,2006, S. 857-872

Neuausrichtung des Informations- und Publikationssystems der deutschen Hochschulen.-
Bonn: Hochschulrektorenkonferenz, 2002

Roosendaal, Hans E., Peter A.T.M. Geurts, Paul E. van der Velt: Eine neue Wertschöpfungs-
kette für den Markt der wissenschaftlichen Information?; in: Bibliothek 26.2002, Nr. 2, S.
149-153

Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information in Deutschland; Schlussbericht /
Arthur D. Little im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.- Berlin:
BMBF, 2002